



NEWSLETTER DEZEMBER

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Umgang mit den vielen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchen, aber auch die schrecklichen Terroranschläge in Paris, ihre Ursachen und Folgen beherrschen natürlich im politischen Berlin die Debatten.

Dabei sollte Paris im Dezember eigentlich zum Ort der Hoffnung werden, dass es der Menschheit doch noch gelingt, eine Klimakatastrophe zu verhindern. Ob Paris nun dennoch zum Symbol für einen hoffnungsvollen Neuanfang werden kann, ist derzeit offen.

Klar ist schon jetzt: das einstige Vorreiterland Deutschland muss nun den anderen Staaten erklären, wie es zusammenpasst, auf internationaler Ebene ambitionierten Klimaschutz einzufordern, zuhause aber eine Politik zugunsten der Kohle und gegen die Erneuerbaren zu führen. Das ist nämlich die Politik der Bundesregierung: International lächeln, zuhause schwächeln.

Welche Schritte Deutschland und die Weltgemeinschaft jetzt eigentlich unternehmen müssten, haben Bündnis 90/Die Grünen auf ihrem Bundesparteitag im November gezeigt. [Unsere Beschlüsse](#) im Bereich Klima- und Umweltschutz und beim Thema alternative Antriebstechnologien im Verkehrsbereich zeigen, dass Ökonomie und Ökologie sich wunderbar ergänzen.

Doch lesen Sie über diese und weitere Themen gerne mehr in meinem aktuellen Newsletter.

Ich wünsche Ihnen und euch eine schöne vorweihnachtliche Zeit und verbleibe mit lieben Grüßen

Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) **Kabinettsbeschluss verschiebt überfällige Entscheidungen am Strommarkt**
- 2) **Pariser Klimagipfel muss Zeichen gegen Klimakrise setzen**
- 3) **Kohleausstieg mit CO₂-Grenzwertmodell einleiten**
- 4) **Monitoring-Bericht Energiewende: Koalition bescheinigt sich gute Fortschritte, Experten üben Kritik**
- 5) **Bundesbehörden stellen Monitoringbericht Energie vor**
- 6) **Novelle des KWKG –Gesetzes verfehlt Klimaziele**
- 7) **Hü und Hott beim PV Batteriespeicherförderprogramm**
- 8) **Steag will Braunkohlesparte von Vattenfall kaufen**
- 9) **Wiederanfahren belgischer Atomreaktoren ist russisches Roulette**
- 10) **Studie: Braunkohle kostet Gesellschaft mind. 15 Mrd. Euro pro Jahr**

Agrar/ Ernährung

- 11) Freihandelsabkommen CETA so nicht zustimmungsfähig
- 12) Fleisch in Maßen statt in Massen
- 13) Auswertung Fachgespräch: Konsument Kind

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 14) Autorenpapier: Die Konsequenzen aus dem Abgas-Skandal
- 15) Abgasskandal: Schummelautos machen krank
- 16) Bundestagrede zum mangelnden Aufklärungswillen der Bundesregierung beim Abgasskandal
- 17) Der Grüne Breitbandcheck – Hält die Bundesregierung bei Ihnen ihr Versprechen?

Energie/Umwelt

1) Kabinettsbeschluss verschiebt überfällige Entscheidungen am Strommarkt

Die energiepolitischen Entscheidungen des Bundeskabinetts zum Strommarktgesetz, der dazugehörigen Kapazitäts- und Kohlereserve sowie das Digitalisierungsgesetz Energiewende liefern keine überzeugenden Antworten auf Zukunftsfragen, sondern vertagen längst überfällige Entscheidungen. Das Strommarkt-Gesetz schafft für Speicher und Laststeuerung keine Perspektiven und das Smart-Meter-Gesetz beantwortet zentrale Fragen im Hinblick auf die Digitalisierung der Energiewende nicht. Mit ihrer Absage an einen ökologischen Flexibilitätsmarkt und für eine Kapazitäts- sowie Kohlereserve entscheidet sich die Bundesregierung damit gegen Investitionen in innovative Technologien und für die milliarden schwere Subventionierung alter und unflexibler Kohlekraftwerke. Mehr Infos dazu [HIER](#).

2) Pariser Klimagipfel muss Zeichen gegen Klimakrise setzen

Auf der UN-Klimakonferenz soll ein neues internationales Klimaabkommen beschlossen werden. Dieses neue Abkommen soll das existierende Kyoto-Klimaprotokoll ablösen und ab 2020 alle Staaten der Welt zu einer wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen verpflichten. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu mindern. Doch statt Klimaschutz zu machen hält sie an der klimaschädlichen Kohleverstromung fest und belässt es beim Klimaschutz ansonsten bei Ankündigungen und Reden. Das Klimaschutzziel wird so krachend verfehlt. Ein verheerendes Signal für die Glaubwürdigkeit Deutschlands und den internationalen Klimaschutz. Weitere Infos [HIER](#).

3) Kohleausstieg mit CO2-Grenzwertmodell einleiten

Statt milliarden schwere Subventionen für die Kohle zu beschließen, muss Deutschland anderen Ländern wie Österreich, den Niederlanden oder Großbritannien folgen und den Kohleausstieg einleiten. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion eine Studie erstellen lassen. Mit dem Instrument der CO2-Grenzwerte ist ein Kohleausstieg planungssicher und kosteneffizient möglich. Weitere Infos und die Studie gibt es [HIER](#).

4) Monitoring-Bericht Energiewende: Koalition bescheinigt sich gute Fortschritte, Experten üben Kritik

Minister Gabriel hat dem Bundeskabinett den 4. Monitoring-Bericht zur Energiewende vorgelegt und schreibt sich den Aufstieg der Erneuerbaren Energien zur wichtigsten Stromquelle auf die Fahnen. Deutschland, so heißt es im Bericht, sei beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor auf Zielkurs. Doch genaues Hinschauen lohnt sich: Expertenkommission und Verbände üben scharfe Kritik und sehen viele Baustellen. Weitere Infos [HIER](#).

5) Bundesbehörden stellen Monitoringbericht Energie vor

Auch die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt haben den jährlichen gemeinsamen Monito-

ringbericht 2015 über die Entwicklungen auf den deutschen Elektrizitäts- und Gasmärkten Ende November veröffentlicht. Wichtigstes Fazit: Die Strom- und Gaspreise sinken nicht in dem Maße, wie sie es tun könnten. Die Bundesregierung lässt hier und an weiteren Stellen Lücken. Alle weiteren Infos dazu [HIER](#).

6) Novelle des KWK-Gesetzes verfehlt Klimaziele

Das Ergebnis der Expertenanhörung zum KWK-Gesetz im Wirtschaftsausschuss am 11.11. ist eindeutig: Dieser Gesetzentwurf wird den von der Bundesregierung angekündigten Klimaschutzbeitrag nicht liefern können. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält keine ausreichenden Anreize, um KWK-Anlagen von Kohle auf Gas oder Bioenergie umzustellen. Auch wird es mit den vorgesehenen Förderbedingungen keinen nennenswerten Zubau CO₂-armer KWK-Anlagen mehr geben. Die Experten haben außerdem vor einem Kahlschlag bei dezentralen KWK-Lösungen gewarnt, weil die Regierung die Förderung kleiner Anlagen massiv kürzen und die dezentrale Versorgung von Gebäuden, Wohnanlagen oder Quartieren über Blockheizkraftwerke erheblich benachteiligen will. Mehr Infos und unsere Forderungen finden sich [HIER](#).

7) Hü und Hott beim PV Batteriespeicherförderprogramm

Union und SPD äußern sich monatelang nicht zur Fortsetzung des erfolgreichen PV-Batteriespeicherförderprogramms, dann beenden sie es und letztlich verlängern sie es dann doch wieder. Das schafft Verunsicherung in der Branche, ist aber symptomatisch für die Energiepolitik der Bundesregierung. Dabei entlasten dezentrale Batteriespeicher nicht nur das Stromnetz, sondern sind ein wesentlicher Beitrag für den Besitzer als ‚Prosumer‘. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

8) Steag will Braunkohlesparte von Vattenfall kaufen

Das Stadtwerke-Konsortium STEAG aus NRW hat jüngst Interesse am Kauf der Braunkohlesparte von Vattenfall bekundet. Mit diesem möglichen Kauf einer vergangenen und klimaschädlichen Braunkohle in Ostdeutschland begibt sich der Konzern im Eigentum von Ruhrgebetsstädten jedoch auf einen Braunkohle-Irrweg. Statt in Kohle muss die STEAG verstärkt in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Fernwärme investieren. Alle weiteren Infos [HIER](#).

9) Wiederanfahren belgischer Atomreaktoren ist russisches Roulette

Tausende Risse im Reaktordruckbehälter, der Fund einer scharfen Bombe aus dem 1. Weltkrieg neben dem Reaktor, literweise Wasserverlust aus dem Reaktorbecken, dutzende Pannen und Notabschaltungen, fehlender Schutz gegen Hochwasser und Flugzeugabstürze, das hohe Alter der Reaktoren und eine nicht vorhandene Sicherheitskultur der Mitarbeiter sind Argumente genug, die belgischen AKWs Tihange und Doel abzuschalten und endgültig stillzulegen. Trotzdem hat die belgische Atomaufsicht FANC das Wiederanfahren der Rissreaktoren Tihange 2 und Doel 3 genehmigt. Das ist russisches Roulette für den gesamte Region – von Tihange sind es nur 60 km bis Aachen. Weitere Infos [HIER](#).

10) Studie: Braunkohle kostet Gesellschaft mind. 15 Mrd. Euro pro Jahr

Auf mindestens 15 Mrd. Euro beziffert eine aktuelle Greenpeace-Studie die gesellschaftlichen Kosten der Braunkohleverstromung in Deutschland – alleine im Jahr 2015. Würden diese Kosten auf den Preis einer Kilowattstunde Braunkohlestrom aufgeschlagen, erhöhte sich dieser um 9,9 Cent auf gut das Dreifache des aktuellen Produktionspreises. Dies zeigt, Kohle ist nicht nur extrem klimaschädlich, sondern auch extrem teuer. Die Studie findet sich [HIER](#).

Agrar/ Ernährung

11) Freihandelsabkommen CETA so nicht zustimmungsfähig

Das geplante Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) ist fertig verhandelt. Anfang 2016 soll es in seiner endgültigen Fassung und deut-

scher Übersetzung vorliegen. Für uns Grüne gilt das Abkommen als Bewährungsprobe für die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission, insbesondere was Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt, Schiedsgerichtsverfahren und kommunale Daseinsvorsorge betrifft. Doch leider erkennt die Bundesregierung bei den allermeisten Kritikpunkten offensichtlich keinen Handlungsbedarf. Mehr Infos gibt es [HIER](#).

12) Fleisch in Maßen statt in Massen

Dass zu viel Fleisch aus gesundheitlichen Gründen nicht zu empfehlen ist, ist nicht neu. Diese Erkenntnis wird nun durch eine neue Einstufung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) einmal mehr bestätigt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen hohem Fleischverzehr und dem Risiko, an Krebs zu erkranken. In Deutschland ist der Fleischkonsum trotz sinkender Mengen immer noch fast doppelt so hoch, wie es von Ernährungswissenschaftlern empfohlen wird. Ein Umsteuern weg vom hohen Fleischkonsum ist dringend notwendig, auch wegen der ökologischen Folgen und der Auswirkungen auf die Welternährung. Doch die Bundesregierung setzt weiter auf die billige Massenproduktion anstatt auf Ansätze zur Reduktion des Fleischverzehrs oder Bio-Fleisch. Mehr Infos [HIER](#).

13) Auswertung Fachgespräch: Konsument Kind

„Was macht Werbung mit unseren Kindern?“ – mit dieser Fragestellung beschäftigten sich die Teilnehmer*innen des Fachgesprächs der Grünen Bundestagsfraktion. Klar ist: Die Wirkung von Werbung ist bei Kindern stärker als bei Erwachsenen und beeinflusst die Wahrnehmung ganz erheblich. Weiterhin problematisch ist die gezielte Vermarktung ungesunder Lebensmittel an Kinder. Insbesondere beim Zuckergehalt muss sich unbedingt etwas tun, waren sich die Teilnehmer einig. Die Ergebnisse des Fachgesprächs und Lösungsansätze sind [HIER](#) abrufbar.

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

14) Autorenpapier: Die Konsequenzen aus dem Abgas-Skandal

Der Schadstoff- und CO₂-Ausstoß von Autos gefährdet unsere Gesundheit, befeuert die Klimakrise und stellt nicht erst seit dem aktuellen Abgasskandal eine systematische Verbraucher*innentäuschung dar. Die Aufdeckung durch die US-amerikanische Umweltbehörde EPA wirft ein schlechtes Licht auf die staatlichen Kontrollen in Deutschland. Darum muss jetzt schnell gehandelt werden. Verkehrsminister Dobrindt ist allerdings weniger Teil der Lösung, als vielmehr des Problems. In einem Autorenpapier fordern darum unser Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter, der verkehrspolitische Sprecher Stephan Kühn und ich, den politischen Rahmen für Automobilwirtschaft und Autoverkehr umgehend zu erneuern. Das Autorenpapier findet sich [HIER](#).

15) Abgasskandal: Schummelautos machen krank

Die Antworten der Bundesregierung auf unsere Stickoxid-Anfrage machen klar, wie viele Menschen von überhöhten Stickoxidemissionen betroffen sind und aufgrund der Schummelautos dreckige Luft einatmen müssen. Statt die Ingenieurskunst und Entwicklungsausgaben in die tatsächliche Reduzierung der Emissionen zu stecken, hat die Automobilindustrie ihre Ressourcen nur in Trickserei bei den Labortest gesteckt. Die Zeche zahlen oftmals Menschen mit niedrigem Einkommen, die an den Hauptverkehrsstraßen wohnen. Es sollten strenge Schadstoffmessungen eingeführt werden, die die wirklichen Emissionen abbilden anstatt nur Laborwerte. Doch die Gesundheit der Betroffenen scheint der Schwarz-Roten Regierung nicht wichtig genug, um etwas zu ändern. Mehr Infos und die Antwort auf unsere Anfrage gibt es [HIER](#).

16) Bundestagrede zum mangelnden Aufklärungswillen der Bundesregierung beim Abgasskandal

In der Aktuellen Stunde des Bundestages auf Antrag der Grünen Bundestagsfraktion haben wir die unrühmliche Rolle von Verkehrsminister Dobrindt beleuchtet. Er ist mittlerweile nicht mehr Teil der

Lösung, sondern Teil des Problems. Der Aufklärungsbeitrag von Alexander Dobrindt in der Abgasaffäre ist gleich null. Meine Rede findet sich [HIER](#).

17) Der Grüne Breitbandcheck – Hält die Bundesregierung bei Ihnen ihr Versprechen?

Wie sieht es wirklich mit dem schnellen Internet aus? Legt die Bundesregierung beim Ausbau von schnellen Internetanschlüssen genügend Tempo vor? Von den Versprechungen des Bundesministers Dobrindt sind viele noch weit entfernt. Oder haben Sie 50 Mbit/s, so, wie ab 2018 angeblich alle in Deutschland? Testen Sie deshalb hier die aktuelle Geschwindigkeit Ihres Internetzugangs. Aus allen Ergebnissen errechnet der grüne Breitbandcheck den "Bundesdurchschnitt". Der wird zeigen, wie viel der Verkehrsminister noch nachlegen muss. [HIER](#) kann der grüne Breitbandcheck gemacht werden.

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.